

Berlin, den 25. September 2020

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,
Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

in Belarus geht Alexander Lukaschenko seit der Fälschung der Präsidentschaftswahl am 9. August 2020 mit aller Brutalität gegen Protestierende vor. Bislang gab es über 10.000 Festnahmen und in hunderten Fällen sind Gewalt und Folter in Polizeigewahrsam dokumentiert. Auch vor Gewalt gegen Frauen und Minderjährige schrecken die Sicherheitskräfte nicht länger zurück. Politisch aktive Bürger werden entlassen oder mit Entlassung bedroht, Studentinnen und Studenten aus politischen Gründen der Universitäten verwiesen. NGOs und unabhängige Medien geraten unter massiven Druck. Über 800 Belarusen haben bislang aus Furcht vor politischen Repressionen das Land verlassen, tausende stehen vor dieser schweren Entscheidung. Inzwischen hat Alexander Lukaschenko sich illegitim erneut für das Präsidentenamt vereidigen lassen, weitere Repressionen sind zu erwarten.

In dieser Zeit braucht die Gesellschaft in Belarus Soforthilfe und längerfristig angelegte Unterstützung durch Europa. Diese muss gemeinsam von der Europäischen Union und einzelnen Mitgliedsländern geleistet werden. Die Bundesrepublik Deutschland sollte als politisches Schwergewicht in der EU einen Beitrag hierzu leisten und damit die bilaterale Hilfe, die von direkten Nachbarländern wie Polen, Litauen und Lettland bereits geleistet wird, sinnvoll und großzügig ergänzen.

Wir sind ein Kreis von deutschen Nichtregierungsorganisationen, die seit vielen Jahren mit Partnerinnen und Partnern aus Belarus zusammenarbeiten. In dieser für Belarus so schwierigen Zeit haben wir uns beraten, welche Hilfsmaßnahmen für die Menschen im Land jetzt notwendig sind. Angesichts der anhaltenden Verfolgung weiterer Teile der Bevölkerung in Belarus möchten wir empfehlen, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Einrichtung eines humanitären Soforthilfefonds zur Unterstützung politisch Verfolgter aus Belarus: Finanzierung von Rechtsbeistand und Kosten von Strafverfolgung, medizinischer und psychologischer Betreuung, von Reisekosten für gefährdete Personen, Überbrückung von Einkommenseinbußen durch Entlassungen oder Flucht, Betreuung durch Partner in Deutschland;

2. Unbürokratische Visavergabe aus humanitären Gründen für politisch Verfolgte, gefährdete Personen und deren Angehörige, Einrichtung entsprechender Ausnahmeregelungen auch mit Blick auf die Pandemie;
3. Einrichtung eines Stipendienprogramms für Studierende, die aus politischen Gründen der Universität verwiesen wurden oder denen Verfolgung droht;
4. Einrichtung eines längerfristigen Förderprogramms für die Zivilgesellschaft in Belarus (Menschenrechtsverteidigung, Bürgerengagement und Civic Education, Empowerment von Frauen, Partizipation von Jugendlichen, unabhängige Kunst und Kultur, unabhängige gewerkschaftliche Strukturen etc.) sowie zusätzliche Mittel für die Belarus-Arbeit der parteinahen Stiftungen und weiterer NGOs/Organisationen;
5. Bereitstellung von Fördermitteln für unabhängige Medien, sowohl klassischer Medien wie TV, Radio und Presse, als auch innovativer Formate in sozialen Medien und bei Messenger-Diensten (Telegram, WhatsApp, Signal, etc.) einschließlich der Förderung von Qualifizierung und Austausch;
6. Deutliche Verstärkung des Personals der deutschen Botschaft in Minsk sowie Einrichtung eines Belarus-Beauftragten oder -Arbeitsstabes im Auswärtigen Amt. Dieser sollte auch für die Zusammenarbeit mit der belarussischen Zivilgesellschaft und wesentlichen deutschen Partnern verantwortlich zeichnen, als Anlaufstelle für Unterstützungsanfragen dienen und mit einem eigenen Fördermittelprogramm ausgestattet sein.

Die Verwendung von Steuermitteln ist zurecht an Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und festgelegte Verfahren gebunden und unterliegt entsprechend der strengen Kontrolle des Bunderechnungshofs. Gleichzeitig sind die vorgegebenen Verfahren für die nun notwendige Soforthilfe oftmals zu langsam. Diese Hilfe ist jetzt notwendig und kommt in einigen Monaten möglicherweise zu spät. Deshalb könnte ein gangbarer Weg für schnelle Maßnahmen sein, Mittel bereits bestehenden und seit langem in Belarus aktiven Fonds und Organisationen zukommen zu lassen, die weniger bürokratisch Hilfe für die Menschen in Belarus leisten können. Alternativ könnte die Bundesregierung bestehende Hilfsprogramme in Polen oder Litauen mit zusätzlichen Mitteln ausstatten. Ebenso könnten die europäischen Bemühungen für unabhängige Medien für Belarus gebündelt werden, indem die von Polen finanzierten Sender BelSat und Euroradio auch durch die Bundesregierung unterstützt werden. Die kleinteilige Unterstützung für dezentrale moderne Medienangebote bleibt darüber hinaus weiter notwendig.

Wir würden uns freuen, wenn unsere Empfehlungen vom Deutschen Bundestag aufgegriffen werden und eine schnelle Hilfe für die Menschen in Belarus ermöglicht wird. Für entsprechende Detailgespräche stehen die unterzeichnenden Organisationen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Marieluise Beck, Zentrum Liberale Moderne
Olga Dryndova, Forschungsstelle Osteuropa der Universität Bremen
Jörg Forbrig, German Marshall Fund of the United States
Ralf Fücks, Zentrum Liberale Moderne
Stephan Malerius, Menschenrechte in Belarus e.V.
Markus Meckel, deutsch-belarussische gesellschaft e.V.
Stefan Melle, Deutsch-Russischer Austausch e.V.
Sophija Savtchouk, Razam e.V.i.G.
Stefanie Schiffer, Europäischer Austausch